

Seit Beginn 2007 steht die deutsche Außenpolitik im Zeichen erweiterter außenpolitischer Verantwortung. Angela Merkel handelte nicht nur als Bundeskanzlerin, sondern auch als Präsidentin des Europäischen Rates und hat für die Dauer dieses Jahres den G8-Vorsitz inne.

Natürlich wusste sie, dass die Probleme der Welt sich nicht durch eine Zauberformel auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm lösen lassen, aber sie konnte als Gastgeberin einige Achtungserfolge verbuchen. Gutes Klima breitete sich aus, weil Präsident George W. Bush erstmals geplanten Vereinbarungen zum Klimaschutz aufgeschlossener als bisher gegenübersteht. Seine Vorstellungen könnten eines Tages in präzisere Abmachungen im Rahmen der UNO mit einfließen. Dabei muss auch anerkannt werden, dass Präsident Bush in Heiligendamm zu Recht darauf beharrte, dass vor allem die Schwellenländer sich nicht länger konkreten klimapolitischen Selbstverpflichtungen verweigern dürfen. Doch waren vor allem China und Indien in Heiligendamm nicht bereit, sich festzulegen, sondern verweisen auf die jahrzehntelange Hauptverantwortung der Industrienationen. Geht es nach der Bundeskanzlerin, dann sollen die 191 Staaten der UN-Klimarahmenkonvention im Dezember in Bali den Durchbruch für ein effizientes Klimaschutzregime schaffen, damit möglichst schon Anfang 2013 ein neues Abkommen in Kraft treten kann, um das Kyoto-Protokoll abzulösen, das 2012 ausläuft. Der

Erfolg in der Klimapolitik wurde in Heiligendamm durch einen amerikanisch-deutschen Kompromiss möglich: Bundeskanzlerin Merkel musste ihre ursprüngliche Absicht aufgeben, die führenden Industrienationen auf verbindliche Ziele zum Abbau der Treibhausgase festzulegen. Dafür gab Präsident Bush Merkels Drängen nach, die UNO als klimapolitisches Forum für weitere Klimaverhandlungen anzuerkennen. Diesen Erfolg der Bundeskanzlerin sollte man nicht über-, aber auch nicht unterbewerten: Dank ihrer Hartnäckigkeit gibt es weltweit mehr Sensibilität für die dringliche Bewältigung der klimapolitischen Revolution. Unter Merkels Führung entwickeln sich Deutschland und Europa weltweit zum Schrittmacher für effiziente Klimapolitik. Jetzt können die acht größten Industrienationen nicht mehr zurück, sie haben den Klimaschutz in Heiligendamm zur weltpolitischen Priorität Nummer eins erhoben und müssen mit gutem Beispiel vorangehen, vor allem um die Schwellenländer zu überzeugen.

Beim zweiten großen Thema „Hilfe für Afrika“ blieben die Ergebnisse von Heiligendamm hinter den Erwartungen zurück. Praktisch wurde nur die Erklärung des Gipfels von Gleneagles wiederholt. Zwar klingt die versprochene Zahl von sechzig Milliarden Dollar Hilfe imponierend, doch fehlen die nötigen Präzisierungen und Kontrollen, auch bei der angekündigten Erhöhung der Aidshilfe. Doch das Grundproblem der Afrikahilfe liegt anderswo: Fachleute fordern nicht

mehr Entwicklungshilfe, sondern mehr Förderung der Privatwirtschaft. Der afrikanische Kontinent verzeichnet dort Wachstumsphasen, wo asiatische Staaten, insbesondere China und Indien, investieren. Afrika wird in Asien als Kontinent der Energiequellen entdeckt. Afrika ist mittlerweile zum Ort des weltweiten energiepolitischen „Great Game“ geworden, von dem in Heiligendamm allerdings nicht die Rede war. Hier liegt ein Schwachpunkt deutscher Außenpolitik: In Berlin sorgt man sich zu Recht um die Zukunft der Welt, aber mancher fragt sich, ob nicht das neue „Great Game“ um Energieressourcen in Berlin verschlafen wird. Deutsche Eigeninteressen müssen angesichts der neuen energiepolitischen Rivalitäten und Abhängigkeiten nachdrücklicher formuliert werden. Die dramatisch angestiegene Abhängigkeit von Energie und die notwendigen Konsequenzen für die sicherheitspolitische Selbstbehauptung Deutschlands und Europas kamen in Heiligendamm zu kurz. Kein Wunder, denn mit am Tisch saß Präsident Putin, der von der neuen rohstoffpolitischen Abhängigkeit des Westens profitiert, wie schon in Sankt Petersburg neues Selbstbewusstsein sehr deutlich zur Schau stellt, aber dabei gemeinsame Lösungen verhindert: Putin sträubt sich gegen die besonders von den USA angestrebte Unabhängigkeit der südserbischen Provinz Kosovo. Der vom französischen Präsidenten Sarkozy vorgelegte Kompromissvorschlag scheiterte am Widerstand Russlands, das Serbien in seinem strikten Nein zu einer Souveränität des Gebietes vorbehaltlos unterstützt. Eine einvernehmliche Lösung ist nicht in Sicht, deshalb warnte Bundeskanzlerin Merkel in Heiligendamm nicht nur davor, einfach die Zeit verstreichen zu lassen, sondern mahnte im Sinne von Präsident Bush energische Dynamik in der Kosovo-Lösung an. Auf dem Gipfel in Heiligendamm, aber vor allem bei seinem Besuch in Albanien, machte

Bush klar, dass er trotz des russischen Widerstands auf der Unabhängigkeit der serbischen Krisenprovinz bestehe und eine schnelle Entscheidung darüber im UNO-Sicherheitsrat anstrebe: „Wir glauben, das Kosovo muss unabhängig sein.“ Im Kosovo liegen die USA und Europa auf einer Linie: Beide streben für die serbische Krisenprovinz durch eine Resolution des UNO-Sicherheitsrats eine von der EU überwachte Unabhängigkeit an, die starke Rechte für die serbische Minderheit garantiert.

Auch die geplante amerikanische Raketenabwehr in Polen und Tschechien belastet das Verhältnis zwischen Russland, den USA und dem Westen. NATO und Bush machten mittlerweile deutlich, dass Putins Vorschlag von Heiligendamm, russische Raketenanlagen in Aserbaidschan mit einzubeziehen, keinen Ersatz zu den geplanten Anlagen in der Tschechischen Republik und in Polen bedeutet. Putin hatte sogar noch kurz vor dem Gipfel in Heiligendamm im Raketenstreit mit Vergeltungsschlägen gedroht, Moskau werde Raketen auf neue Ziele in Europa richten für den Fall, dass die US-Regierung ihre Pläne umsetze.

Strategien für Afrika

Doch muss auch danach gefragt werden, was in Heiligendamm nicht besprochen wurde. Weil große Industrienationen ihre wachsende Energieabhängigkeit durch Rückgriff auf Atomenergie zu mindern suchen, aber allein die deutsche Bundesregierung eine entsprechende Neuorientierung nicht wagt, bleiben Angela Merkel die Hände gebunden. Sie kann weder in Europa noch in der Welt kraftvoll auftreten, sondern hemmt die Ansätze für eine gemeinsame westliche Energiepolitik, solange sie nicht einen mutigen Schritt in Sachen Atomkraft gegenüber ihrem Koalitionspartner wagt. Mit Blick auf Afrika hätte in Heiligendamm auch über eine neue Balance zwi-

schen Entwicklungshilfe und Förderung der privatwirtschaftlichen Initiativen gesprochen werden müssen. Entwicklungshilfe wird selbst von Afrikanern zunehmend als problematisch empfunden, weil diese Alimentierung auf Dauer Gewöhnung schafft, Nehmermentalität erzeugt und autoritäre Regime zementiert. Dabei werden vor allem Eigeninitiative und das Gefühl für Verantwortung und Freiheit zerstört – nicht nur wirtschaftlich gesehen.

Nach mehr als fünfzig Jahren westlicher Entwicklungshilfe steht der Westen vor einem Scherbenhaufen traditioneller Entwicklungshilfepolitik, gerade in Afrika. Deshalb müssten, auch unter dem Aspekt energiepolitischer Überlegungen, die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft beim Aufbau lokaler und regionaler Investitionen helfen. Das setzt allerdings verbesserte Rahmenbedingungen voraus und bei der Entwicklungshilfe stärkere politische und ökonomische Konditionierung, damit diese Hilfe tatsächlich die Menschen erreicht, die sie am nötigsten brauchen. Chinas Strategie, nicht nur in Afrika Bodenschätze und Energieträger im großen Stil aufzukaufen ohne Rücksicht auf Menschenrechte, gute Regierungsführung oder marktwirtschaftliche Prämissen, wird für die Industrienationen zur ernsthaften Herausforderung. Vor diesem Hintergrund ist es besonders verdienstvoll, dass Präsident Bush die Afrikahilfe ankurbelt und fast die Hälfte der geplanten Finanzleistungen, circa dreißig Milliarden Dollar, vor allem zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten wie Aids übernommen hat. Hier könnten die nachhaltigsten Wirkungen von Heiligendamm auf Afrika ausgehen, wobei auch die Sorge über ein weiteres Ausgreifen des islamischen Fundamentalismus in Afrika unübersehbar ist.

Das eigentliche Kernthema der G8-Gipfel, die Weltwirtschaft, wurde in Heiligendamm nur am Rande abgehandelt,

weil die Lage mit Wachstumsraten von fünf Prozent seit vielen Jahrzehnten einen relativ stabilen Aufschwung zeigt. Mag der ökonomische Aufstieg Chinas und Indiens und damit der Eintritt von Milliarden Menschen in den Weltmarkt im Westen Furcht vor Konkurrenz auslösen, so beflügelt, global gesehen, dieser Prozess die Weltwirtschaft. Doch wecken die Erfolge in Asien gerade in Deutschland und Europa Ängste. Der alte und neue Gegner heißt Protektionismus. Der Widerstand gegen Freihandel wächst. Viele Menschen fühlen sich von der Dynamik der Globalisierung überrollt. Politik und Bevölkerung begehren auf, wenn ausländische Unternehmen und vor allem Staatsunternehmen heimische Firmen aufkaufen. Kein Wunder, dass die Doha-Runde im Bemühen um Liberalisierung des Welthandels ins Stocken geraten ist. In Heiligendamm hat sich deshalb Angela Merkel vor allem um Ausgleich zwischen Schwellenländern und Industrienationen bemüht und den sogenannten „Heiligendammprozess“ eingeleitet.

Bei weiteren Schlüsselfragen der Finanzpolitik wie zum Beispiel den hochspekulativen Hedgefonds kam es zu keiner Einigung in Heiligendamm, weil die USA und Großbritannien, wo diese Fonds überwiegend angesiedelt sind, eine direkte Überwachung, wie von Europäern und insbesondere von Berlin gefordert, strikt ablehnen. Auch bei der Produktpiraterie, bei der vor allem asiatische Staaten, insbesondere China, ins Visier geraten sind, kam es nur zu pauschalen Verurteilungen, doch konkrete Vereinbarungen wie über Mindesthaftstrafen konnten nicht erzielt werden.

So lässt sich abschließend feststellen, dass langfristig Globalisierung helfen wird, die Knappheit von Gütern in der Welt zu mindern. Kurzfristig jedoch entsteht mit dem Wettbewerb auf den Märkten eine schärfere Konkurrenz um die Produktionsmittel, aber vor allem um die

natürlichen Ressourcen, also um Rohstoffe.

Wie schon die anderen Gipfeltreffen vor ihm, so wird auch der G8-Gipfel in Heiligendamm kritisch beleuchtet. Die Kosten der Planung und Durchführung, die mediale Aufmerksamkeit sowie Gewalt und Demonstrationen stehen in ungutem Verhältnis zu Aufwand und Ergebnis. Selbst wenn Legitimation und Effektivität der G8-Gipfel zu wünschen übrig lassen, so bleiben die G8-Gipfel doch entscheidendes Forum für den multilateralen Erfahrungs- und Meinungs austausch. Sie sind aus dem globalen Gefüge internationaler Institutionen und Konferenzdiplomatie nicht mehr wegzudenken. Doch sollen und müssen zukünftige G8-Gipfel nicht reformiert werden? Auf der einen Seite wird eine Rückkehr zu den Wurzeln von Helmut Schmidts G4-Philosophie gefordert. Auf der anderen Seite wird die Überlegung laut, den Teilnehmerkreis der G8 zu erweitern und den gesamten G8-Prozess zu institutionalisieren.

Bedeutungszuwachs – Werteverlust

Heute erscheinen die G8-Gipfel mancherorts als sogenannte „Pseudoereignisse“ im Sinne von Daniel Boorstin, also als inszenierte Geschehen, die stattfinden, deren eigentliche Qualität sich aber vorrangig in ihrer medialen Entfaltung und Echowirkung zeigt. Im Sinne von Boorstin erscheinen die G8-Gipfel weder als ganz echt noch als ganz falsch, weder als ganz wirklich noch als ganz illusorisch, sondern als Zwitterwesen zwischen klassischer Politik und virtueller Neuschöpfung. Die Bedeutung der G8-Gipfel hat zugenommen, weil die regionalen und globalen Gemeinschaftsinstitutionen wie UNO und die hauptverantwortlichen Wirtschaftsinstitutionen wie Weltbank oder Internationaler Währungsfonds ihre Wirkung verloren haben und sich die G8-Führer deshalb als inoffizielle Weltregierung verstehen. Doch der Kern des Problems liegt wo-

anders: Durch den Beitritt Russlands ist vor allem die gemeinsame Wertegrundlage von Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft der Gipfel hinfällig geworden, ohne dass ein neues einigendes Band hinzugetreten wäre. Vielmehr zeigen die ersten beiden G8-Gipfel unter Einbeziehung Russlands, dass die Gegensätzlichkeit der Werte, der Ideale und der Interessen zwischen freier demokratischer Welt und einem autoritär regierten Land wie Russland die G8-Gipfel zu lähmen droht. Nicht nur im Verhältnis Russland – Europäische Union, sondern auch im Verhältnis Russland zu den G7 erscheinen faire, marktwirtschaftlich gerechte, auf Gegenseitigkeit beruhende energiepolitische Lösungen ausgeschlossen, weil Russland seine Energieressourcen rücksichtslos dazu nutzt, den eigenen Markt protektionistisch abzuschotten. Im gleichen Atemzug unternimmt es jedoch alles, um im Westen energiepolitisch Fuß zu fassen und, wenn möglich, die Länder der freien Welt gegeneinander auszuspielen.

Vor diesem Hintergrund hat Deutschland seine europapolitische Führungsrolle und seinen weltpolitischen Standort offensichtlich noch nicht gefunden, weil die Außenpolitik der Großen Koalition in Teilen widersprüchlich erscheint: Einerseits hat die Bundeskanzlerin viel getan, um die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Gleichzeitig ist ihre Russlandpolitik nüchtern-sachlich ausgerichtet. Frau Merkel zeigt keine Scheu, die Schwachstellen russischer Außen- und Innenpolitik offen anzusprechen. Trotz sachlicher Kontroversen ist es der Bundeskanzlerin gelungen, ein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis zu Präsident Bush zu entwickeln, das Offenheit bei strittigen Fragen nicht ausschließt.

Bundeskanzlerin Merkel weiß also um die historische politische Bedeutung der USA für Deutschland und Europa. Deshalb rückt sie Deutschlands Interessenstruktur wieder näher in den transat-

lantischen Kontext, geht aber im Vergleich zu ihrem Vorgänger auf kritischere Distanz gegenüber Putins Russland. Diese Auffassung wird von führenden Sozialdemokraten offensichtlich nicht geteilt. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck, der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck und Außenminister Steinmeier proklamieren offen und ohne Vorbehalte eine Außenpolitik für Deutschland, die nach dem Ideal der sogenannten Äquidistanz ausgerichtet sein soll, das heißt einer gleichwertigen und gleichrangigen Distanziertheit deutscher Politik gegenüber den USA und Russland. Diese starre Einstellung kontrastiert mit der flexiblen und realistischen Vorgehensweise von Bundeskanzlerin Merkel. Mit Blick auf die sozialdemokratische Haltung entsteht der Verdacht, dass aus opportunistischen Gründen wie zum Beispiel der großen energiepolitischen Abhängigkeit Deutschlands gegenüber Russland, aber vielleicht auch aus weltanschaulichen Gründen die deutsche Sozialdemokratie eine neue Nähe zu Russland propagiert, die den Wertegegensatz zwischen demokratischem Westen und autoritärem Russland einebnet und gleichzeitig die lang gewachsene, verlässliche und nicht immer unproblematische Freundschaft zu den USA zu gering schätzt. Da verwundert es auch nicht, wenn Außenminister Steinmeier beim EU-Gipfel in Brüssel scharfe Worte gegenüber Polen findet, sich aber gegenüber Russland in Situationen, die eine deutlichere deutsche Reaktion erfordert hätten, stets nachsichtig und verständnisvoll zeigt. Solange diese Widersprüchlichkeiten die Außenpolitik der Großen Koalition belasten, zuzüglich des ungelösten Konfliktpotenzials über die Kernenergie, wird es eine deutsche Außenpolitik aus einem Guss nicht geben.

Europapolitisches Geschick

Nach ihrem eindrucksvollen und gelungenen Krisenmanagement auf dem

G8-Gipfel in Heiligendamm stellte die Bundeskanzlerin auf dem EU-Gipfel in Brüssel Ende Juni erneut ihr diplomatisches Geschick unter Beweis. Nach eineinhalbjähriger Denkpause, die nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages durch Franzosen und Niederländer eingetreten war, sucht sie die europapolitische Initiative. Zwei Möglichkeiten boten sich grundsätzlich an: Sie konnte die Ratifizierung des originären Verfassungsvertrages anstreben oder auf den großen Verfassungsentwurf verzichten, um wenigstens die Kernsubstanz zu retten. Nach umsichtigen und vielfältigen Konsultationen entschloss sie sich für den zweiten Weg. Kaum unterbrochen durch den G8-Gipfel in Heiligendamm, gingen die Vorarbeiten zur Vertragsreform in Berlin in diesem Sinne zügig voran. Aus London wurde signalisiert, dass kein britisches Referendum erforderlich würde, vorausgesetzt, der Vertrag sei keine Verfassung mehr und wenn die Grundrechtecharta für Großbritannien nicht gelten müsste.

Vor allem wurde nach der Wahl Sarkozys Frankreich wieder zentraler europapolitischer Akteur, der in den Schlüsselfragen die deutsche Bundeskanzlerin unterstützt. Leider wurde der Streit über den Abstimmungsmodus im Rat von Polen über Gebühr angeheizt. Doch die Freunde der europäischen Verfassung, angeführt von Spanien und Luxemburg, wiesen die antideutschen Ausfälle aus Polen energisch zurück. So wich Polens feindselige Rhetorik in Brüssel schnell einer Kompromissfähigkeit, die im Nachhinein nicht überrascht. Schon im Herbst 2005, als es um den europäischen Haushalt bis 2013 ging, zeigte sich, dass Polens Vetodrohungen letztlich nur dazu dienen, eigene Interessen kompromissfähig durchzusetzen. Auch die anfangs schroffe Ablehnung des Verfassungsvertrages löste sich bald auf. Die Gründe liegen in der rasch anwachsenden Beliebtheit der EU in der polnischen Bevölkerung, die

den Kaczynskis eine Kurskorrektur letztlich ebenso aufnötigte wie die Verschlechterung des polnischen Verhältnisses zu Russland, das insbesondere im Zuge der Gaskrise 2005/2006 deutlich wurde und vor allem den Polen selbst deutlich machte, dass Solidarität der Europäer polnische Interessen stärkte. Dies gilt vor allem für die neue deutsche Aufgeschlossenheit, die seit dem Abtritt von Bundeskanzler Schröder das deutsch-polnische Verhältnis nachhaltig verbesserte. Während Schröder über Warschau hinweg ein Sonderverhältnis zu Moskau entwickelte, überzeugt Merkels sachliche, zum Teil ja kühle Russlandpolitik in Polen. Vor allem stieg ihre Sympathie in Polen an, als sie bei den EU-Finanzverhandlungen von 2005 einseitig zugunsten Warschaws auf einhundert Millionen Euro verzichtete, die eigentlich für deutsche Regionen bestimmt waren. Berlin unterstützt ebenso Warschau im Streit mit Moskau über das Fleischembargo, das Russland gegen Polen verhängt hat. Vor diesem Hintergrund war nicht nur die deutsche Bundesregierung, sondern auch die Öffentlichkeit mehr als irritiert, als die polnische Regierung Berlin höchst emotionalisiert kritisierte. Vor diesem Hintergrund muss Frau Merkels sachlicher, nüchterner und abgewogener Führungsstil umso mehr gelobt werden: Sie ließ sich durch die polnischen Ausfälle nicht irritieren, sondern führte den Gipfel nach langfristiger und umsichtiger Planung und Vorbereitung zu einem guten Abschluss.

Reformvertrag statt Verfassung

Dass eine Regierungskonferenz vereinbart wurde, deren Ausgang schon weitgehend feststeht, ist ohne Beispiel in der Geschichte Europas und spricht für Merkels Führungsqualitäten. Diese im zweiten Halbjahr 2007 unter portugiesischer Präsidentschaft tagende Regierungskonferenz wird die Substanz des gescheiterten Verfassungsvertrages in die bestehen-

den europäischen Verträge einarbeiten. Dabei sind fast alle strittigen Fragen schon im Mandat geklärt:

Beim Abstimmungsmodus soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit der Mitgliedstaaten nach dem Prinzip der doppelten Mehrheit entschieden werden. Die 1994 in Griechenland vereinbarte Ionanina-Klausel, die vorsieht, eine Mehrheitsabstimmung zu verschieben, wenn die Sperrminorität knapp verfehlt wird, soll von 2017 an leichter als bisher angewandt werden. Statt eines europäischen Außenministers wird mit dem Reformvertrag wegen britischer Einwände nur noch ein „Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ eingerichtet, der die Aufgaben des Außenbeauftragten und des Außenkommissars übernehmen wird. Der Europäische Rat erhält einen ständigen Vorsitzenden, der von den Staats- und Regierungschefs mit qualifizierter Mehrheit bestimmt wird. Die Grundrechtecharta wird wegen des britischen Vetos nicht mehr offiziell Bestandteil der EU-Verträge sein, allerdings durch einen Verweis verbindlich bleiben. Die Zahl der Kommissare soll bis 2014 von siebenundzwanzig auf voraussichtlich achtzehn reduziert werden, also entsprechend zwei Dritteln der EU-Mitgliedstaaten. Das Europaparlament soll von nun an gleichberechtigt mit dem Ministerrat über den EU-Haushalt entscheiden. Einzelne Staaten können aus Beschlüssen über engere Zusammenarbeit in spezifischen Fragen wie zum Beispiel in der Justiz- oder der Sozialpolitik aussteigen. Nationale Parlamente werden gestärkt, sie können binnen acht Wochen gegen neue Rechtsakte der EU Einspruch erheben. Der Ausdruck Verfassung wird fallen gelassen, auf die Nennung von Fahne und Hymne als EU-Symbole wird verzichtet, wenngleich Fahne und Hymne weiterverwendet werden können.

Die Ergebnisse von Brüssel werden die Europaoptimisten nicht berauschen, aber

manchen europapolitischen Skeptiker beruhigen, denn man darf nicht vergessen, dass die EU zwar rhetorisch als europäische Wertegemeinschaft auftritt, doch realiter von tief greifenden Interessenunterschieden und Gegensätzen durchzogen ist und bleiben wird. Dabei und vor allem im Streit mit Polen hat die Bundeskanzlerin erstklassige Führungsqualitäten und vor allem die Fähigkeit zum Ausgleich wirkungsvoll unter Beweis gestellt. Deutschland hat sich mit Blick auf die europäische Integration auf dem Gipfel von Brüssel verdient gemacht. Nicht nur der neue französische Präsident Sarkozy und der scheidende Premierminister Tony Blair, sondern gerade die Vertreter kleinerer Länder wie Jean-Claude Juncker aus Luxemburg sprangen vehement in die Bresche für die deutsche Bundeskanzlerin, die so gestärkt gegenüber Polen bis an die Grenze ihrer diplomatischen Möglichkeiten gehen konnte, um den konservativen Zwillingen die Wurzel zu ziehen. Der polnische Versuch, den Einfluss Deutschlands in der EU durch antideutsche Resentiments zu beschneiden, scheiterte.

Die Schlüsselfrage bleibt auch nach Brüssel offen: Wird es in Zukunft möglich sein, die EU im selben Maße zu erweitern und zu vertiefen? In Zukunft wird in immer kleineren Schritten vorangegangen werden müssen, aber im historischen Rückblick wird man vielleicht eines Tages konstatieren müssen, dass sowohl die Prozesse der Erweiterung als auch die der Vertiefung ihren Kulminationspunkt überschritten haben. Das muss nicht negativ sein, ein hochgradig integriertes Europa der Vaterländer, dieser Balance-Zustand ist nicht die schlechteste aller Welten.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat eines ihrer wichtigsten Ziele als amtierende EU-Ratsvorsitzende erreicht: Sie fand einen Ausweg aus der Sackgasse, in die sich die Union nach dem

gescheiterten Projekt eines EU-Verfassungsvertrages manövriert hatte. Die Substanz der gescheiterten EU-Verfassung, nämlich die institutionelle Reform, soll nun in einem zweiten Anlauf gerettet werden. Vor allem macht sich dank Merksels nüchternem Führungsstil europapolitischer Realismus breit. Es ist wichtig und trägt auch zur Glaubwürdigkeit bei, wenn man sich europapolitisch wieder bescheiden gibt. Von einem grandiosen Verfassungsvertrag ist deshalb nicht mehr die Rede. Auch manchen Ängsten, mit der EU könnte ein neuer dirigistischer Superstaat entstehen, hat Angela Merkel Rechnung getragen. Vor allem steht nach dem Gipfel in Brüssel kein Land als Verlierer da. Doch wäre zu wünschen, dass nach der Klärung des leidigen Verfassungsthemas endlich die Schlüsselfragen angepackt werden. Die EU steht vor mannigfaltigen Herausforderungen wie internationalem Terrorismus, grenzüberschreitender Kriminalität, Migration und Klimawandel. Auch die umstrittene Perspektive eines Beitritts der Türkei, die dringend notwendige gemeinsame Energiepolitik, der noch unterentwickelte Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen und die Modernisierung des noch stark agrarlastigen EU-Haushalts müssen geklärt werden. Vor allem muss die Europäische Union endlich die außenpolitischen Vorgaben des Solana-Papiers verwirklichen, das heißt die entsprechenden Mittel bereitstellen, damit Europa, transatlantisch verankert, zum wirkungsmächtigen Faktor der Weltpolitik wird. Doch bleibt nüchtern festzuhalten: Die Zukunftsfähigkeit Europas wird weiterhin vom politischen Willen in den nationalen Hauptstädten zum gemeinsamen Handeln abhängen. Für die angestrebte Vertragsrevision werden lediglich die Voraussetzungen verbessert, nicht mehr, aber auch nicht weniger.